

Unterrichtung

durch den Bundesrat

Einsetzung einer Gemeinsamen Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen

Der Bundesrat hat in seiner 702. Sitzung am 27. September 1996 die nachstehende Entschließung – Drucksache 679/96 (Beschluß) – gefaßt:

Entschließung des Bundesrates zur Einsetzung einer Gemeinsamen Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen

I.

Die Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. 1995 bestand in den alten Ländern ein Finanzierungsdefizit der Städte und Gemeinden von über 10 Mrd. DM, in den neuen Ländern von 3 Mrd. DM. Immer mehr Kommunen sehen sich außerstande, ihre laufenden Ausgaben und den Schuldendienst aus laufenden Einnahmen zu finanzieren und veräußern in dieser Notsituation Vermögen.

Vor dem Hintergrund dieser Finanzkrise können zunehmend mehr Kommunen dem öffentlichen Auftrag und den an sie gestellten Ansprüchen nicht mehr voll gerecht werden und laufen Gefahr, ihre politischen Steuerungsinstrumente vollends zu verlieren.

II.

Die Krise der kommunalen Finanzen kann nur von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam bewältigt werden. Der Bundesrat hält eine Reform der Gemeindefinanzen für notwendig. Die finanzielle Lage der Kommunen darf nicht durch weitere Lastenverlagerung ohne finanziellen Ausgleich verschärft werden. Gesetzliche Aufgabenbegrndung und Finanzverantwortung der Gebietskörperschaften müssen zusammengeführt werden. Die steigende Belastung der Kommunen mit Sozialhilfeausgaben muß überprüft werden. Ziel der Reform muß es sein, eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Gemeinden im Sinne des Artikels 28 Abs. 2 GG zu gewährleisten, insbesondere ihre originäre Steuerkraft zu stärken.

III.

Der Bundesrat schlägt die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat vor, die, unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände und unter Hinzuziehung von Vertretern aus der Wissenschaft, den gesetzlichen Körperschaften Vorschläge zu einer Reform der Gemeindefinanzen unterbreitet.

